



Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte
Le Réseau Suisse des villes-amies des aînés
www.altersfreundlich.net

Politische Partizipation älterer Menschen – damit Städte altersfreundlich werden

Die Gesellschaft altert, was sich besonders deutlich in den Städten zeigt. Das „Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte“ hat an der Jahrestagung die Politische Partizipation zum Thema gemacht: Wie kann die ältere Generation erreicht und beteiligt werden, damit ihre Anliegen und ihr Wissen in die Stadtgestaltung einfließen? Denn, so sagte Simon Stocker, Präsident des Netzwerks und Schaffhauser Stadtrat: „Die Älteren sind die besten Experten, wenn es um sie selbst geht.“

Von Marietherese Schwegler

Das Ziel der Tagung war hoch gesteckt: Politische Partizipation umfassend verstehen und begrifflich klären; die Rollen von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Fachorganisationen auseinanderhalten; alle drei politischen Ebenen im Blick haben. Speziell im Fokus stehen sollten Menschen, die schwer erreichbar sind.

Die Vielschichtigkeit des Tagungsthemas spiegelte sich in der Auswahl der Referierenden und Gäste. Sie stammten aus Politik und Verwaltung, Fachorganisationen und Wissenschaft; und auch die ältere Generation selbst war vertreten.

Varianten formeller und informeller Partizipation

Zum Start tauschten sich die Solothurner Nationalrätin Bea Heim und die Berner Gemeinderätin (Exekutive) Franziska Teuscher aus, moderiert von Simon Stocker. Beide waren schon in jungen Jahren politisch aktiv, etwa in der Umweltdebatte und gegen die Atomkraft. Heute sind Bea Heim und Franziska Teuscher gewählte Bundes- und Stadtpolitikerin. Alter sei in der Politik eher negativ besetzt und werde primär als Kostenfaktor gesehen, sind sie sich einig. „Überalterung und Umverteilung von Jung zu Alt sind oft gehörte Klagen. Doch die ältere Generation hat der Gesellschaft viel gebracht. Sie verdient Wertschätzung“, sagte Franziska Teuscher. Bea Heim, die auch die Pro Senectute des Kantons Solothurn präsidiert und Mitglied der Grauen Panther ist, warf die Frage auf, ob der Königsweg für alterspolitisches Engagement in der Zivilgesellschaft liege? Zunächst müsse das Bild des Alters ändern, und da seien alle Generationen gefordert. Dezidiert sagte Heim: „Die Alten dürften sich nicht zurückziehen. Sie müssen sich öffentlich Gehör verschaffen, auch in Gemeinden und medial.“

Feste feiern!

Wie können Städte die Schwächeren der Gesellschaft erreichen, Zugewanderte, die unsere Sprache nicht verstehen, oder isoliert lebende Ältere? fragte Simon Stocker. „Es muss nicht jede und jeder partizipieren. Aber wir müssen dafür sorgen, dass auch die Bedürfnisse jener aufgenommen werden, die sich nicht selber äussern“, meinte Franziska Teuscher. Da hätten Fachorganisationen wie die Spitex oder Pro Senectute eine Vermittlerrolle. Auch informelle, offene Plattformen seien nötig, Treffpunkte, Online-Foren.

Im Dialog mit den Netzwerkmitgliedern – alle Altersverantwortliche in ihren Städten – kam zum Ausdruck, dass es in manchen Städten solche Anlässe gibt, wo Austausch möglich wird, wo Einzelne aus der Isolation finden können. Eine gute Sache seien Nachbarschaftsfeste. Da könnten sich Menschen ungezwungen begegnen und Beziehungen entstehen. Franziska Teuscher sah hier die Städte in der Pflicht: „Städte müssen solches ermöglichen. Es braucht Anlaufstellen zur Unterstützung.“ Bea Heim bekräftigte: „Feste feiern! Da entstehen Kontakte.“

Von Stadt bis Bund, organisiert und spontan

Dass politisches Engagement von Rentnern eine lange Geschichte hat, zeigte anschliessend Alexandre Lambelet, Professor an der Fachhochschule Westschweiz. Sein Referat galt primär den diversen Rentnervereinigungen, von denen die ersten vor über hundert Jahren entstanden – mit sehr unterschiedlichen Motiven, z.B. politischer Einsatz für den Sozialstaat, ehrenamtliche Arbeit oder gemeinsame Freizeitaktivitäten. 2001 haben sich die wichtigsten Organisationen unter dem Dach des Schweizerischen Seniorenrats (SSR) zusammengeschlossen, der heute wohl grössten Rentnerorganisation.

Am Podiumsgespräch beteiligte sich denn auch der Co-Präsident des SSR, Michel Pillonel. Er sprach an, dass es sich aufgrund der Grösse des Gebildes zuweilen als schwierig erwies, zu gewissen Themen den erforderlichen Konsens zu finden. Dies könne den SSR auch daran hindern, politisch Position zu beziehen.

Sonja Kuchen, Leiterin Gemeinwesenarbeit Pro Senectute Schweiz, vertrat im Podium einen Ansatz, der es nicht-organisierten Menschen ermögliche, sich vor Ort, speziell im Quartier, für ihre Anliegen zu engagieren. Blaise Kropf vom Stadtberner Präsidentsdepartement meinte, es bringe viel, wenn die alte Generation sich beteilige – und fügte hinzu: zeitweise auch eine erhebliche Belastung für die Verwaltung. Bern kenne einerseits die strukturierte Form des Seniorenrats. Die breite Bevölkerung könne sich zudem an thematischen Projekten beteiligen. Hier sei es entscheidend, dass sie sich in einem möglichst frühen Stadium einbringen könne. Sonja Kuchen plädierte, wie auch Michel Pillonel, für mehr Mut zu generationenübergreifender Partizipation: informell und für die ganze Bevölkerung.

Politische Partizipation: Was funktioniert?

In Workshops wurde schliesslich diskutiert, wie die Beteiligung konkret aussehen kann. Kurzes Fazit:

Ein Fokus der Tagung wie auch im ersten Workshop lag bei der Frage: Wie finden wir Zugang zu schwer erreichbaren Menschen? Das können Menschen sein, die knappe Ressourcen haben in Bezug auf Gesundheit, Bildung, Finanzen und Soziales; die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Kultur nicht kennen. Weshalb sollten sie erreicht werden? Um ihre Bedürfnisse, Erfahrungen und ihr Wissen kennenzulernen, Informationen zu vermitteln, ihr Wohlergehen zu steigern. Und weil Alterspolitik und Dienstleistungen allen Älteren entsprechen sollen. Wie wird der Zugang möglich? Mit methodischem und kreativem Vorgehen: Als Türöffner kommen Nachbarn, Spitex, Pro Senectute oder die Coiffeuse in Frage. Kooperation zwischen Freiwilligen, Dienstleistern und Politik sowie personelle und finanzielle Mittel sind notwendige Voraussetzungen fürs Gelingen.

Im zweiten Workshop, geleitet von Simone Gretler Heusser, Professorin an der Hochschule Luzern, wurden Formen der politischen Partizipation diskutiert. Theoretisch kann der Prozess als Kontinuum von Information, Mitsprache, Mitentscheidung bis hin zur Selbstorganisation gegliedert werden. Er läuft nicht linear ab, ein Hin und Zurück ist die Regel. Auch der (Informations-) Austausch zwischen Verwaltung auf der einen und Stadtbewohnerinnen und -bewohnern auf der anderen Seite ist wechselseitig. Konkret stellte sich die Frage, wie z.B. die Migrationsbevölkerung für Partizipation gewonnen werden kann. Stichworte dazu: Nachbarschaftshilfe, Quartiertreffs, Begleitung von Kindern.

Ein weiterer Workshop ging der Frage nach, wie sich Interessenvertreter der älteren Generation politische Partizipation vorstellen; er wurde moderiert von Liselotte Lüscher, Vorstandsmitglied des SSR. In einigen Städten gibt es dafür sehr unterschiedliche, mehr oder weniger formalisierte Plattformen. Andere Städte – oder Ältere selber – sehen dafür keine Notwendigkeit. Was wären Anforderungen an solche Partizipationsgefässe? Sollen sie repräsentativ sein, unabhängig, beratend für die Politik, mit einem Leistungsvertrag arbeiten? Die Vorstellungen waren so unterschiedlich, dass keine allgemein gültigen Aussagen dazu gemacht werden können.

Pragmatismus statt Perfektion

Im Schlusswort resümierte der Netzwerk-Präsident Simon Stocker die grosse Vielfalt dessen, was Politische Partizipation der Älteren heissen kann: Lokal im Quartier, in der Stadt angesiedelt bis hin zum Nationalrat; spontan von unten kommend oder angestossen von der Verwaltung, von Fachleuten der Quartier- und Gemeinwesenarbeit. Und er erwähnte auch Grenzen: Es sei kaum möglich, alle zu beteiligen. „Wir müssen nicht Perfektion anstreben, sondern pragmatisch bleiben. Aufwand und Ertrag müssen stimmen.“ Er empfahl den Städten, auch künftig den Austausch zu pflegen und voneinander zu lernen.